

ZA –Archiv Nummer 1168

**Großstadt und Umland (Regionalstudie
Köln/Bonn)**

1972

Schwerpunkt Köln/Bonn

Methodenbeschreibung

Grundgesamtheit der Untersuchung waren Wahlberechtigte in einem vorgegebenen Gebiet des Raumes Köln/Bonn.

Die Studie wurde als mehrstufige, geschichtete Zufallsstichprobe (Random-Route) angelegt.

Zunächst wurden die Gemeinden des Befragungsgebietes ihrer Größe nach geschichtet.

In der ersten Auswahlstufe wurden dann bevölkerungsproportional 600 Sample-Points systematisch mit Zufallsstart ausgewählt.

In der zweiten Stufe wurden zu jedem Sample-Point mit Hilfe der Stimmbezirksverzeichnisse zur Bundestagswahl 1969 durch Zufallsauswahl ein Startpunkt bestimmt, der aus einer Straße und einer Hausnummer bestand.

Die Interviewer ermittelten in der dritten Auswahlstufe nach einem fest vorgegebenen Random-Walk vom Startpunkt ausgehend zu jedem Sample-Point 10 Haushalte.

In der 4. Auswahlstufe wurden die Zielpersonen in den Haushalten mit Hilfe eines vorgegebenen systematischen Auswahlchlüssels bestimmt, der jeder zur Grundgesamtheit gehörenden Person im Haushalt die gleiche Chance gab, in die Auswahl zu kommen.

Das beschriebene Auswahlverfahren führt zu einer haushaltsrepräsentativen Stichprobe, in der jeder Haushalt die gleiche Chance hatte, in die Auswahl zu kommen. Die Chancen für jede einzelne in einem Privathaushalt lebende Person der Grundgesamtheit als Zielperson innerhalb des betreffenden Haushalts ausgewählt zu werden, verhielten sich dabei umgekehrt proportional zur Anzahl der zur Grundgesamtheit gehörenden Personen im Haushalt.

Für personenbezogene Aussagen wurde daher durch Gewichtung eine personenrepräsentative Stichprobe mit Chancengleichheit aller zur Grundgesamtheit gehörenden Personen erstellt.

München, den 30.11.1972

Rücklaufmeldung

Schwerpunkt Köln/Bonn

Feldzeit vom 1.9. - 22.10.1972

Random-Route Klumpenzahl: 600 Größe: 10

Zielgruppe: Wahlberechtigte ab 18 Jahren

A. Sample-Ansatz (Bruttozahl)	6000	(100,0%)
Nachbearbeitung: Gründe: 2 - 8 Adressen: 435		
Totalausfälle von Interviewern	50	(0,8%)
1. Keine Person in der Zielgruppe	39	(0,7%)
C. Summe der Ausfälle	89	(1,5%)
D. Verbleibende Adressenzahl (A - B - C)	5911	(100,0%)
Systematische Ausfälle		
2. Im Haushalt niemand angetroffen	491	(8,3%)
3. Im Haushalt Auskunft verweigert	286	(4,9%)
4. Zielperson nicht angetroffen	186	(3,1%)
5. Zielperson krank	158	(2,7%)
6. Zielperson verreist, Urlaub	202	(3,4%)
7. Zielperson verweigert	503	(8,5%)
8. Sonstiges	44	(0,8%)
E. Summe der systematischen Ausfälle	1870	(31,7%)
Durchgeführte Interviews	4041	(65,4%)
nicht ausgewertet, weil zu spät eingetroffen bzw. fehlerhaft	31	(0,3%)
zur Auswertung gegebene Interviews	4010	(68,2%)
Nettoansatz	4000	(67,9%)

München, den 29.11.1972

Großstadt und Umland
Eine Mehrebenenanalyse des Wahlverhaltens
im Großraum Köln/Bonn

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultäten
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i.Br.

vorgelegt
von

Wolfgang W. Veiders
aus Freistadt/Oberösterreich

St. Augustin 1978

Diese Studie wurde vom Minister für Wissenschaft und
Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen unter der
Nummer FA 5259 finanziell gefördert.

I n h a l t	Seite
1. Empirische Problemstellung und theoretischer Ansatz	1
1.1 Empirischer Ausgangspunkt: Die Entwicklung der Wahlergebnisse für CDU und SPD im Untersuchungsraum	2
1.2 Generelle Fragestellung der Untersuchung	7
1.3 Einordnung der Untersuchung in die Wahlforschung und in die Sozialgeographie	8
1.3.1 Zur Einordnung in die Wahlforschung	8
1.3.2 Zur Einordnung in die Sozialgeographie	11
1.4 Methodischer und theoretischer Aufbau der Untersuchung	15
1.4.1 Zum methodischen und theoretischen Ansatz	15
1.4.2 Zum Erklärungsmodell politischen Verhaltens als Leitfaden der Untersuchung	19
1.5 Zur räumlichen und zeitlichen Abgrenzung der Untersuchung	38
2. Die sozialstrukturellen Faktoren des Wahlverhaltens	42
2.1 Gemeindestruktur und Wahlerfolg: Analyse des Wahlverhaltens auf Aggregatebene	43
2.1.1 Die Beziehungen zwischen Wahlerfolg und Strukturmerkmalen (Korrelationsanalyse)	46
2.1.2 Die Hochburgen der Parteien im Köln-Bonner Raum: Lage und sozialdemographische Charakterisierung	61
2.1.3 Sozialstruktur als komplexes Determinantensystem des Wahlerfolgs (Regressionsanalyse)	70
2.1.3.1 Multikollinearität - ein minimierbares Problem (Methodischer Exkurs)	71
2.1.3.2 Ergebnisse der Regressionsrechnungen für das gesamte Untersuchungsgebiet und Residuenanalyse	79
2.1.3.3 Köln, Bonn und Umland: Zur Frage der Trendanpassung und des Einflusses der Großstadt auf das Wahlverhalten im Umland	88

Referent: Prof. Dr. D. Oberndörfer
Korreferent: Doz. Dr. H. Köser
Sprecher: Prof. Dr. W. Mauser
Tag der Promotion: 9. Dezember 1977

2.1.4	Die Bundestagsparteien als soziopolitisches Kontinuum (Kanonische Korrelation)	96
2.1.5	Das Parteiensystem im sozialstrukturellen Raum (Faktorenanalyse)	103
2.1.5.1	Theoretische Grundlagen: Systembegriff und Parteienideologie	104
2.1.5.2	Empirische Darstellung: Kongruenz von Parteiensystem und Sozialstruktur	112
2.2	Wohnsitz- und Pendlermobilität im Rahmen der Stadt-Umland-Verflechtung	120
2.3	Sozialstrukturelle Erklärungsvariablen des Wahlverhaltens auf Individualebene	129
2.3.1	Ergebnis der Wahlsimulation in der Umfrage: Ein allgemeiner Überblick	130
2.3.2	Zusammenhänge zwischen demographischen sowie sozioökonomischen Merkmalen und Wahlabsicht	137
2.3.2.1	Geschlecht und Alter	137
2.3.2.2	Konfession und Kirchenbindung	143
2.3.2.3	Beruf und soziale Schicht	154
2.3.2.4	Freiwillige Mitgliedschaften, Kirchenbindung und Berufspendlertum	161
2.3.2.4.1	Gewerkschaften, lokale Vereine und sonstige Organisationen	162
2.3.2.4.2	Kirchenbindung kontra Gewerkschaftsbindung	169
2.3.2.4.3	Berufspendlertum	172
2.4	Soziale und politische Kontextstruktur als Faktoren individueller Wahlentscheidung	177
2.4.1	Einfluß des sozioökonomischen Kontexts	178
2.4.2	Einfluß des konfessionellen Kontexts	181
2.4.3	Einfluß des politischen Kontexts	186
2.4.4	Zur Frage der Vermittlung von Kontexteinflüssen	194

3.	Einstellungen zu den Parteien	207
3.1	Parteien als Interessenvertreter	208
3.2	Politische Issues	223
3.2.1	Politische Issues in der Bundesrepublik: Issueperzeption und Parteikompetenz	224
3.2.2	Politische Issues am Wohnort: Issueperzeption und Parteikompetenz	236
4.	Perzipierte Situation und Umwelt	244
4.1	Wirtschaftliche Lage	245
4.2	Perzeption der politischen Repräsentanz und Leistungsbeurteilung	249
4.2.1	Die Fähigkeit zur Nennung von Politikern	252
4.2.2	Die Parteizugehörigkeit der genannten Politiker	257
4.2.3	Die Beurteilung der politischen Leistung der genannten Politiker	260
4.2.4	Politische Repräsentanz und Massenmedien im Vermittlungsprozeß der Parteipräferenz	264
4.2.4.1	Die Rolle der politischen Repräsentanz	265
4.2.4.2	Die Rolle der Tageszeitungen	274
4.3	Perzeption des politischen Meinungsklimas	280
4.4	Meinungsführer und Primärumwelten	286
4.4.1	Zur Rolle der Meinungsführer	287
4.4.2	Zur Rolle der Primärumwelten	291
5.	Zusammenfassung der Ergebnisse	300
5.1	Generelle Ergebnisse unter besonderer Berücksichtigung der Unterschiede zwischen Köln und Bonn	302
5.2	Zur Großstadt-Umland-Problematik	310

Anhang

A	Liste der zum Untersuchungsgebiet gehörenden Stadtbezirke und Gemeinden	317
B	Tabellen	320
C	Methoden	
	1. Aggregatdaten	336
	1.1 Beschaffung der statistischen Unterlagen	336
	1.2 Umrechnung auf den Gebietsstand von 1970	336
	1.3 Zur Vergleichbarkeit von Volkszählungsdaten unterschiedlicher Erhebungszeitpunkte	340
	1.4 Benutzte Rechenprogramme	342
	1.5 Anmerkungen zur kanonischen Korrelation	343
	2. Individualdaten: Methoden der Stichprobenerhebung	345
D	Literatur	346

Lebenslauf

1. Empirische Problemstellung und theoretischer Ansatz

Empirische Forschung, sei es nun in den Sozialwissenschaften oder in den Naturwissenschaften, hat als Basis die Beobachtung der gesellschaftlichen bzw. der physischen Realität mit dem Ziel, zu theoretischen Aussagen zu gelangen. Theoretische Aussagen sind als "Erklärungen" der beobachteten Phänomene von - im Idealfall - allgemeinen "Gesetzen" zu verstehen¹⁾, wobei Theoriebildung im Verlaufe wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts zwar sukzessiven Charakter hat, jedoch keineswegs immer so rational, gradlinig und kumulativ, wie die von Karl Popper geprägte Wissenschaftstheorie mit ihrem Falsifikationsprinzip den Eindruck erwecken könnte²⁾. Die Sozialwissenschaften stehen dabei - im Gegensatz zu den Naturwissenschaften - noch vor einem besonderen Problem, indem nämlich "soziologische Gesetze, die Gesetze gesellschaftlichen Lebens, an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten verschieden" sind (Popper, 1965: 5)³⁾. Das aber bedeutet nichts weniger, als daß sozialwissenschaftliche Theorien oder auch nur Theoriefragmente stets aufs neue überprüft werden müssen, wobei Hypothesenüberprüfung und Hypothesengenerierung einen gegenseitig sich entwickelnden Prozeß darstellen, wenn die Hypothesenüberprüfung im Falle der Falsifikation nicht stehen bleiben will.

1) Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Theoriebildung gibt Opp (1970; s. insbes. die Seiten 45-67). S. im weiteren auch die Aufsätze in dem Sammelband von Topitsch (1966) sowie zum Theoriebegriff den Aufsatz von Rapoport (1958).

2) Damit ist keine grundsätzliche Stellungnahme gegen Popper bezogen. Vgl. aber die Kritik bei Kuhn (1970).

3) Für die zeit-räumliche Begrenztheit von sozialwissenschaftlichen Aussagen läßt sich die empirische Wahlforschung als geradezu prototypisches Beispiel heranziehen. Betrachtet man einerseits die amerikanische Wahlforschung im Zeitablauf, so gewinnt man den Eindruck, daß "issues", "parties" und "candidates" trotz ihrer multikollinearen Komplexität zu unterschiedlichen Perioden unterschiedliche Einflußkraft auf individuelles Wahlverhalten haben. Das gleiche Problem unter räumlicher Perspektive ergibt sich bei der Übertragung amerikanischer Konzepte der Wahlforschung auf den deutschen Kontext mit seinen anders gearteten historischen, kulturellen und institutionellen Voraussetzungen.

fachung halber wollen wir jetzt nur noch die Entwicklung seit 1961 betrachten, da mit dieser Bundestagswahl zum erstenmal seit 1957 eine deutliche Trendumkehr zu beobachten war.

Für den Kreis Köln gilt, daß von der absoluten Mehrheit der CDU mit 52,9 % der Zweitstimmen noch in der Bundestagswahl von 1961 nur noch 39,1 % im Jahre 1972 übriggeblieben sind (vgl. Tabelle 7 im Anhang)⁸⁾. Die SPD dagegen konnte sich im gleichen Zeitraum von 33,5 % auf 49,7 % verbessern. Einzige Ausnahme in diesem Kreis bildet die Gemeinde Lövenich⁹⁾, wo die CDU immer noch eine relative Mehrheit von 46,9 % im Jahre 1972 erlangen konnte und ihre Verluste zwischen 1961 und 1972 nur ca. 7,5 % betragen. Demgegenüber schlugen die Verluste der CDU im gesamten Kreis Köln in demselben Zeitraum mit 12,0 % zu Buche.

Ähnliche Entwicklungen lassen sich im Kreis Bergheim und im Rheinisch-Bergischen Kreis, wo die expandierende Stadt Porz mit ihrer SPD-Mehrheit von 53,5 % der Zweitstimmen im Jahre 1972 besonders ins Gewicht fällt. Die bereits weit ins Bergische Land hineinreichenden Gemeinden Bechen und Odenthal dagegen bewahrten eine Mehrheit für die CDU, ebenso die Stadt Bensberg. In Bergisch Gladbach sowie in Rösrath überwiegen die Stimmenanteile für die SPD. Leverkusen ist zwar eine selbständige Industriegroßstadt, die starke Stellung der SPD in dieser Stadt insofern nicht verwunderlich, andererseits hatte die CDU aber 1961 immerhin noch eine relative Mehrheit von 45,5 %. (Vgl. Tabelle 6 im Anhang).

8) Alle Zahlenangaben wurden amtlichen Statistiken (Wahlstatistiken, Volkszählungen von 1961 und 1972) sowie unveröffentlichten oder zum Zeitpunkt der Einsichtnahme noch nicht veröffentlichten Unterlagen der Statistischen Ämter entnommen. Geringe Abweichungen von Angaben in anderen Publikationen können auftreten, da alle statistischen Unterlagen - wo nötig - auf den Gebietsstand von 1970 umgerechnet wurden. S. dazu die Anmerkungen im Methodenanhang.

9) Wie bei den Angaben von statistischen Zahlen handelt es sich auch bei den Nennungen von Gemeindenamen um den Gebietsstand von 1970. Spätere Veränderungen durch Gebietsreform wurden nicht mehr berücksichtigt.

Im Rhein-Sieg-Kreis, der in der Gebietsreform von 1969 neu gebildet wurde und die Stadt Bonn umgibt, konnte sich die CDU dagegen trotz eines durchschnittlichen Stimmenverlustes von rund 12 % zwischen 1961 und 1972 eine relative Mehrheit bewahren, in einzelnen Gemeinden sogar sehr deutliche absolute Mehrheiten. Ausnahmen hiervon bilden im Rhein-Sieg-Kreis lediglich die Gemeinden Troisdorf, Eitorf und Hennef. In Niederkassel sind die Stimmenanteile für beide Parteien, SPD und CDU, annähernd gleich groß.

1.2 Generelle Fragestellung der Untersuchung

Aus dem vorangegangenen Abschnitt über die politische Entwicklung in unserem Untersuchungsgebiet, dessen exakte räumliche Abgrenzung in einem Schlußabschnitt dieses Einleitungskapitels noch vorgestellt werden soll, ergeben sich drei generelle

Fragen:

- ① Wodurch sind die unterschiedlichen Wahlergebnisse in Köln und in Bonn begründet?
- ② Wie kommt es zu den unterschiedlichen Entwicklungen im Wahlverhalten der Kölner und der Bonner Bevölkerung bei einer - grundsätzlich - gleichen Ausgangslage, nämlich einer absoluten Mehrheit für die CDU in den 50er Jahren?

Die dritte Frage betrifft die politische Entwicklung in den Kreisen um die Großstädte Köln und Bonn. Sie geht zunächst von der Beobachtung aus, daß zwischen der Entwicklung in den beiden Großstädten und den angrenzenden Kreisen Parallelen bestehen. Diese Beobachtung, die eine Scheinbeobachtung sein könnte, bedarf jedoch der durch statistische Analysemethoden untermauerten Begründung, wozu insbesondere Regressionstechniken zur Verfügung stehen. Gelingt dieser Nachweis, so läßt sich die Anschlußfrage formulieren:

- ③ Warum nehmen die Umlande tendenziell die gleiche Entwicklung wie die jeweiligen Kernstädte?

A LISTE DER ZUM UNTERSUCHUNGSGEBIET GEHÖRENDE STADTBZIRKE
UND GEMEINDEN

Die folgende Liste führt sämtliche 162 geographischen Einheiten auf, die im vollständigen Aggregatdatensatz enthalten sind. Der Satz der Aggregateinheiten, die als Kontexteinheiten in den Umfragedatensatz eingespielt wurden, reduzierte sich auf 134 Einheiten, weil nicht alle Stadtbezirke der drei Großstädte Köln, Bonn und Leverkusen zugleich auch Sample-Points in der Umfrage enthielten bzw. im Falle von Bonn nicht immer statistische Bezirke exakt mit Sample-Points zur Deckung gebracht werden konnten. Es mußten deshalb einige Einheiten zusammengefaßt werden.

Stadt Köln

Altstadt-Süd	Fühlingen
Altstadt-Nord	Roggendorf-Thenhoven
Deutz	Worringen
Bayenthal	Heimersdorf
Marienburg	Volkhoven
Raderberg	Merkenich
Raderthal	Seeberg
Zollstock	Poll
Klettenberg	Humboldt-Gremberg
Sülz	Kalk
Lindenthal	Vingst
Braunsfeld	Höhenberg
Müngersdorf	Ostheim
Ehrenfeld	Merheim
Neu-Ehrenfeld	Brück
Bickendorf	Rath
Vogelsang	Mülheim
Bocklemünd/Mengenich	Buchforst
Ossendorf	Buchheim
Nippes	Holweide
Bilderstöckchen	Dellbrück
Mauenheim	Höhenhaus
Riehl	Dünnwald
Niehl	Stammheim
Weidenpesch	Flittard
Longerich	

Stadt Bonn-Bad Godesberg

Bonn:
 Zentrum-Rheinviertel
 Zentrum-Münsterviertel
 Beuel Mitte
 Wichelshof
 Vor dem Sterntor
 Baumschulviertel
 Talviertel
 Vor dem Koblenzer Tor
 Gronau
 Neues Regierungsviertel
 Römerbad
 Josefshöhe
 Grau-Rheindorf/Auerberg
 Buschdorf
 Tannenbusch-Ost/West
 Ellervorstadt
 Dransdorf
 Industriebezirk West
 Endenich
 Poppelsdorf
 Kessenich
 Dottendorf
 Lessenich/Messdorf
 Duisdorf/Hardtberg
 Lengsdorf
 Ippendorf
 Venusberg
 Röttgen/Ückesdorf

Bad Godesberg:
 Unter der Godesburg
 Godesberger Kurviertel
 Rüngsdorf
 Plittersdorf
 Godesberger Altvillenviertel
 Industriebezirk Mitte
 Friesdorf
 Schweinheim
 Heiderhof
 Muffendorf
 Pennenfeld
 Industriebezirk Süd
 Lannesdorf
 Ober-Mehlem
 Mehlem-Rheinaue

Beuel:
 Holzlar
 Geislar
 Rheindorf/Vilich
 Vilich-Müldorf
 Pützchen/Bechlinghoven
 Industriebezirk Ost
 Beuel-Süd, Limperich,
 Küdinghoven, Ramersdorf
 Oberkassel
 Holtorf/Hoholz

Stadt Leverkusen

Wiesdorf 1
 Wiesdorf 2
 Manfort
 Waldsiedlung
 Schlebusch Süd
 Schlebusch Nord

Alkenrath
 Steinbüchel 1
 Steinbüchel 2
 Küppersteg
 Bürriq
 Rheindorf

Kreis Köln

Rodenkirchen
 Stommeln
 Wesseling
 Pulheim
 Sinnersdorf

Brühl (Stadt)
 Frechen (Stadt)
 Brauweiler
 Hürth
 Lövenich

Kreis Bergheim (Erft)

Türnich
 Bergheim/Erft (Stadt)
 Glesch
 Hüchelhoven
 Niederaußem
 Oberaußem-Fortuna
 Paffendorf

Quadrath-Ichendorf
 Heppendorf
 Horrem
 Sindorf
 Kerpen (Stadt)
 Mödrath

Kreis Euskirchen

Erftstadt
 Weilerswist

Rhein-Sieg-Kreis

Alfter
 Sankt Augustin
 Bornheim
 Eitorf
 Hennef/Sieg
 Bad Honnef (Stadt)
 Königswinter (Stadt)
 Lohmar

Meckenheim (Stadt)
 Neunkirchen-Seelscheid
 Niederkassel
 Rheinbach (Stadt)
 Siegburg (Stadt)
 Swisttal
 Troisdorf
 Wachtberg

Rheinisch-Bergischer Kreis

Bensberg (Stadt)
 Berg. Gladbach (Stadt)
 Porz/Rhein (Stadt)

Odenthal
 Rösrath
 Bechen

C METHODEN

1. Aggregatdaten

1.1 Beschaffung der statistischen Unterlagen

Das Datermaterial der Volkszählung von 1961 und der Bundes- und Landtagswahlen wurde aus den entsprechenden Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf) gewonnen. Die Ergebnisse der Volkszählung von 1970 lagen in Form von Gemeindeblättern vor, die vom Statistischen Landesamt in Düsseldorf zur Verfügung gestellt wurden, desgleichen die Ergebnisse der Bundestagswahl vom 19. November 1972 in den Gemeinden und Kreisfreien Städten. Die in den Gemeindeblättern zuerst falschen Angaben über die "Wohnbevölkerung nach höchstem Schulabschluß" wurden durch eine Nachlieferung vom Statistischen Landesamt korrigiert.

Da die Stadtbezirke von Köln und Leverkusen sowie die statistischen Bezirke von Bonn-Bad Godesberg wie Gemeinden behandelt werden sollten, mußte im Jahre 1972 auf unveröffentlichte Stimmbezirksergebnisse zurückgegriffen werden, die von den Statistischen Ämtern der genannten Städte bereitgestellt wurden. Für die Wahlen von 1961 bis 1970 existieren in den Fällen von Köln und Leverkusen Umrechnungen auf Stadtbezirksebene. Bei Bedarf konnten auch hier wieder Stimmbezirksergebnisse herangezogen werden. Für Bonn mußten in jedem Falle Stimmbezirksergebnisse benutzt werden.

Bei den Wahldaten wurden ausnahmslos die Ergebnisse der Zweitstimmen ohne Briefwahl benutzt.

1.2 Umrechnung auf den Gebietsstand von 1970

Das zunächst anzustrebende Ziel war, sämtliche Volkszählungs- und Wahlstatistiken des für die Analyse gewählten Zeitraumes von 1961 bis 1972 auf Gemeindeebene bzw. im Falle der Großstädte Köln, Bonn und Leverkusen auf Stadtbezirksebene ver-

füßbar zu haben. Für den Gebietsstand war der Stichtag der Volkszählung von 1970 maßgebend. Sämtliche Gemeinden unseres Untersuchungsgebietes mußten also möglichst auf den Gebietsstand gebracht werden, wie er in den vom Statistischen Landesamt in Düsseldorf gelieferten Gemeindeblättern erschien. Eine Umrechnung der Volkszählungsdaten von 1961 auf den 1970er Gebietsstand durch das Statistische Landesamt, die technisch durchaus möglich ist, konnte nicht in Anspruch genommen werden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis, der Kreis Köln (mit Ausnahme von Wesseling) sowie der Kreis Bergheim waren problemlos. Bei der Gemeinde Geyen im Kreis Köln handelte es sich um eine Totaleingemeindung nach Brauweiler am 1.1.1964. Ebenso verhielt es sich mit der Erftstadt, die ein jeweils vollständiger Zusammenschluß von ehemals selbständigen Gemeinden ist. Der Gebietsaustausch zwischen Leverkusen und Opladen am 1.1.1969 war für unsere Untersuchung unbedeutend.

Schwieriger gestaltete sich schon die Kontrolle des Gebietsstandes bei Köln. Hier wurden in dem uns interessierenden Zeitraum mehrere Veränderungen in den Abgrenzungen der Stadtbezirke und Stadtteile vorgenommen, deren Dokumentation uns nur in groben Zügen vorlag und deren Beurteilung in Hinsicht auf die Behandlung des Datenmaterials nur ebenso grob sein konnte. So mußten wir uns entschließen, den gesamten Kölner Norden - den heutigen Stadtteil Chorweiler - wie einen Stadtbezirk (bzw. wie eine Gemeinde) zu behandeln, den im Jahre 1969 aus je einem Teil von Ossendorf, Neu-Ehrenfeld und Nippes neu geschaffenen Stadtbezirk Bilderstöckchen wieder Nippes zuzuschlagen (der bewohnte Teil von Bilderstöckchen stammte aus Nippes), die Bezirke Bickendorf und Vogelsang zu einem Bezirk zusammenzuschließen. In einigen anderen Fällen - Weidenpesch, Niehl, Riehl und Nippes sowie einigen rechtsrheinischen Stadtbezirken - wurden einige vorsichtige Umrechnungen vorgenommen. Die Prozentschlüssel für diese Umrechnungen wurden aus einem Vergleich der 1961er Stadtbezirkzahlen und den auf den letzten Gebietsstand umgerechneten

Werten für die Gesamtwohnbevölkerung aus den 1970er Gemeindeblättern gewonnen.

Dieselbe Technik wurde für den Rhein-Sieg-Kreis zur Kontrolle angewandt. Dieser Landkreis bot insgesamt die größten Schwierigkeiten. Bei der im Jahre 1969 vorgenommenen kommunalen Neugliederung in diesem Kreis gab es nicht nur Gemeindezusammenschlüsse - in diesen Fällen brauchten die entsprechenden Zahlen nur addiert zu werden -, sondern häufig auch Teileingemeindungen und in einem Falle sogar eine Dreiteilung einer ehemals selbständigen Gemeinde. Da wir Datenmaterial auf einer niedrigeren Ebene als der auf Gemeindeebene nicht verwenden konnten, mußten alle Daten, die vor dem Stichtag der Neugliederung erhoben worden waren, nach bestimmten Prozentschlüsseln umgerechnet werden, die wir aus dem Statistischen Landesamt in Düsseldorf erhielten und die für das Jahr 1968 Gültigkeit hatten.

Zu dem Verfahren der Anwendung von Prozentschlüsseln bei der Umrechnung von alten auf neue Gebietseinheiten sind zwei Dinge kritisch anzumerken:

Erstens ist eine Anwendung auf frühere Erhebungsjahre um so problematischer, je älter die Daten aus der Volkszählungs- und Wahlstatistik sind. Zweitens wird dem Verfahren die - häufig wohl unrealistische - Annahme gleicher Verteilung aller sozialstatistischen Merkmale über den gesamten Raum einer Gemeinde unterlegt. Sonderbewegungen in einzelnen Gemeindeteilen etwa durch das Entstehen von sozial relativ homogenen Neubaugebieten können somit nicht kontrolliert werden. Diese beiden kritischen Punkte des Verfahrens mußten als unumgänglich in Kauf genommen werden. Soweit zusätzliche Informationen aus den statistischen Ämtern, unter anderem durch persönliche Gespräche und Einsicht in Kartenunterlagen gewonnen werden konnten, schienen die möglichen Fehler sich jedoch in vertretbaren Grenzen zu halten.

Als vollends unmöglich erwies sich unser Vorhaben, die Stadt Bonn für den gesamten Untersuchungszeitraum ebenso zu be-

handeln wie Köln oder Leverkusen, nämlich in Stadtbezirke zu untergliedern. Die Statistischen Bezirke in der Abgrenzung, wie sie seit der Neugliederung für Bonn existieren, hätten sich durchaus dafür angeboten. Sie decken sich weitestgehend mit den gewachsenen sozialgeographischen Bezirken.

Notwendig wäre aber dafür gewesen, sämtliche früheren Daten auf diesen Gebietsstand umzurechnen. Ein Versuch dazu wurde für ein kleines Gebiet im Norden Bad Godesbergs und für zwei Wahlen gemacht. Wegen der häufig veränderten Grenzen in den Stimmbezirken mußte dieses Vorhaben aufgegeben werden. Der dazu notwendige Zeitaufwand erschien für die vorliegende Studie nicht vertretbar, von den möglichen Fehlerquellen ganz abgesehen. Wir entschlossen uns daher zunächst, das heutige Gebiet von Bonn in vier Zonen aufzuteilen:

1. das Gebiet der ehemaligen Stadt Bonn (Bonn-Alt),
2. das Gebiet der ehemaligen Stadt Bad Godesberg (Bad Godesberg-Alt),
3. die ehemals zum Landkreis Bonn gehörenden Gemeinden Buschdorf, Ippendorf, Lengsdorf, Lessenich und Röttgen (westliche eingemeindete Vororte),
4. das rechtsrheinische, heute zu Bonn gehörende Gebiet mit Beuel als Kern (Beuel).

Durch dieses Verfahren drohte die Aggregatdatenanalyse "Kölnlastig" zu werden. Das aber widersprach der Problemstellung dieser Arbeit, die in einem Vergleich zwischen Köln und Bonn sowie deren jeweiligen Umländen bestehen sollte. Solchermaßen disparate Datensubsets hätten diesen Vergleich aber bereits von der Datenbasis her behindert. Daher entschlossen wir uns, den Zeitreihenvergleich von 1961 bis 1972 nur in der Korrelationsanalyse herzustellen, um einen Einstieg in die Problemlage zu gewinnen und im folgenden nur noch mit den beiden Bundestagswahlen von 1969 und 1972 sowie der Volkszählung von 1970 weiterzuarbeiten, denn für diese beiden Datenmaterialien konnten Stimm- und Statistische Bezirke von Bonn ohne erhebliche Schwierigkeiten zur Deckung gebracht werden. Vergleichsunterlage war dafür das Zählerlistenverzeichnis der Stadt Bonn für die Volkszählung 1970 sowie das Straßenverzeichnis

der Wahl- und Stimmbezirke für die Bundestagswahl von 1972. Allerdings wurden auch bei der Reorganisation des Datenmaterials einige Zusammenfassungen notwendig, so daß aus den insgesamt 63 Bonner Statistischen Bezirken 52 Aggregateneinheiten gebildet wurden. Soweit es sich also um den Aggregatdatensatz mit den Bundestagswahlen von 1961 ab und der Volkszählung 1961 handelt, liegen der Analyse 106 Einheiten zugrunde. Im zweiten Falle konnte durch die problemlose Wiederaufgliederung einiger Kölner Stadtbezirke und durch die weitestgehende Übernahme der Bonner Statistischen Bezirke die Zahl der Aggregateneinheiten auf 162 gesteigert werden.

1.3 Zur Vergleichbarkeit von Volkszählungsdaten unterschiedlicher Erhebungszeitpunkte

Unser Vorhaben, die Aggregatdaten einer Trendanalyse zu unterziehen, wurde zusätzlich noch dadurch behindert, daß von den in beiden Volkszählungen erhobenen Merkmalen lediglich die Konfession direkt miteinander vergleichbar ist. Für andere Merkmale wurde die für die Volkszählung 1970 gültige Definition gegenüber 1961 geändert. So etwa wurden 1961 bei dem Merkmal "Überwiegender Lebensunterhalt" wirtschaftlich abhängige Angehörige der Unterhaltsquelle ihres Ernährers zugeordnet (vgl. Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1961, Düsseldorf 1964, S. 3); 1970 wurde dagegen die Kategorie "Unterhalt durch Angehörige, Eltern, Ehemann etc." eingeführt.

1961 befanden sich bei dem Merkmal "Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf" die Lehrlinge in einer eigenen Rubrik, 1970 wurden kaufmännische und technische Lehrlinge den Beamten und Angestellten, die gewerblichen Lehrlinge den Arbeitern zugezählt. Zu den Berufsgruppen der Beamten und Angestellten ist anzumerken, daß diese in den Gemeindeblättern eine einzige Gruppe bildeten. Diese zusammengefaßte Gruppe wird in der deutschen Wahlforschung zwar häufig unter dem Kategoriennamen "Neuer Mittelstand" verwendet. Für unsere Zwecke hätte eine solche Zusammenfassung aber nur Nachteile

bedeutet, denn wesentliche strukturelle Unterschiede zwischen Köln und Bonn wären dadurch verdeckt worden. Dank neuerer statistischer Unterlagen aus den Statistischen Ämtern der behandelten Großstädte und Umlandkreise, in denen die Anteilswerte der Beamten und Angestellten an der erwerbstätigen Wohnbevölkerung getrennt ausgewiesen waren, konnte dieser Nachteil bei den Daten aus der Volkszählung 1970 vermieden werden.

In einem dritten Fall sind zwar die Wirtschaftsbereiche wie Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe etc. identisch definiert, jedoch bedeutet Erwerbsspersonen nach Wirtschaftsbereichen etwas anderes als Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen. (In der Analyse jedoch werden stets die für die Volkszählung 1970 gültigen Begriffe benutzt).

Die wichtige Variable "Wohnbevölkerung nach dem höchsten Schulabschluß" fehlt in der Volkszählung 1961. Umgekehrt fehlen in den 1970er Gemeindetabellen einige Variablen, deren Untersuchung zumindest versuchsweise durchaus sinnvoll gewesen wäre. Die Gruppierung der Wohnbevölkerung nach dem Alter ist 1961 wie 1970 im wesentlichen zwar die gleiche, jedoch machte uns hier die Stadt Köln einen Strich durch die Rechnung: die Kölner Zahlen für 1961 auf Stadtbezirksebene wiesen andere Klassengrenzen auf als die sonst benutzten. (Abgesehen davon jedoch zeigt die Variable "Alter" in Aggregatdatenanalysen des Wahlverhaltens eine relativ geringe Diskriminationskraft).

Für die Leverkusener Stadtbezirke konnten die Angaben über den "Überwiegenden Lebensunterhalt" aus der Volkszählung 1961 leider nicht beschafft werden. Da der "Unterhalt aus Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen" ersetzt werden kann durch "Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen", wurde auf die Verarbeitung dieser Variable verzichtet. Es fehlte lediglich das Merkmal "Rentner" in der Analyse.

Zwar ist es trotz dieser Schwierigkeiten der Vergleichbarkeit von Volkszählungsdaten aus verschiedenen Jahren nicht

gänzlich unmöglich, Veränderungen in der Demographie der untersuchten Gemeinden festzustellen, doch sollte man bei solchen Versuchen die notwendige Vorsicht walten lassen.

1.4 Benutzte Rechenprogramme

Für die Analyse der Wahldaten von 1961 bis 1972 und der Volkszählungsdaten von 1961 und 1970 wurden zunächst bestimmte Teile des institutseigenen Programmpakets PRANAG (Programm zur Analyse von Aggregatdaten) verwendet, mit dem die Wahl- und Volkszählungsdatenbank des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung verwaltet wird und Aggregatdaten analysiert werden können. Das Programmpaket wurde von Herrn Ing. grad. Detlef Nath entwickelt.

Für die Arbeit mit dem revidierten und auf insgesamt 162 Aggregateinheiten erweiterten Datensatz aus der Volkszählung 1970 und den Bundestagswahlen ab 1969 wurden nur noch Teile aus dem amerikanischen Programmpaket SPSS (Statistical Package for the Social Sciences) verwendet, das am National Opinion Research Center der University of Chicago entwickelt wurde. Da die Umfragedaten ebenfalls mit SPSS ausgewertet wurden, bildete die Übersetzung des reorganisierten Aggregatdatensatzes in eine SPSS-Systemdatei zugleich die Vorstufe für die Kombination von Aggregat- und Individualdaten in einer gemeinsamen Datei, die für eine Kontextanalyse notwendig war. Die Kombination beider Datensätze wurde technisch so bewerkstelligt, daß in einem jeden Fall in den Umfragedaten die Aggregatmerkmale des betreffenden Wohnorts (Gemeinde bzw. Stadtbezirk) zugespielt wurden. Hierfür standen wieder institutseigene Serviceprogramme zur Verfügung.

Für die Berechnung von Gini-Koeffizienten, Lorenzfunktionen und die automatische Erzeugung von Lorenzkurven mußte auf das entsprechende Unterprogramm aus dem Programmpaket OSIRIS III zurückgegriffen werden, ebenfalls einem amerikanischen Pro-

grammpaket, das am Institute for Social Research der University of Michigan in Ann Arbor, Mich. entwickelt wurde. Für den Zugriff der Daten von einer SPSS-Systemdatei stand ein SPSS-OSIRIS-Interface zur Verfügung, das ebenfalls von Herrn Nath für die institutseigene Rechenanlage (SIEMENS 4004/127 G, BS1000) entwickelt wurde.

1.5 Anmerkungen zur kanonischen Korrelation

Da die in den Wahlergebnissen auf die "sonstigen Parteien" (DKP, NPD) entfallenden Stimmenanteile in unserem Aggregatdatensatz nicht abgespeichert wurden, weil nur die drei Bundestagsparteien für uns von Interesse waren, mußten zunächst die Restanteile so aufgeteilt werden, daß sich die Anteile für CDU, SPD und FDP je Aggregateinheit zu 100 % addierten. Es wurde eine proportionale Aufteilung der restlichen Stimmenanteile gewählt unter der Annahme, daß die Wahl einer links-extremen Partei (DKP) eher in Gebietseinheiten mit starkem SPD-Wählerpotential auftritt, die Wahl einer rechtsextremen Partei (NPD) dagegen eher in Gebieten mit starkem konservativem, d.h. CDU-Wählerpotential. Auch wenn die Stimmenanteile für die "sonstigen Parteien" relativ gering sind, war eine Umrechnung der Anteile für CDU, SPD und FDP zu einer Summe von 100 % notwendig, um zu stabilen Koeffizienten in den kanonischen Variaten zu kommen.

Die mit Hilfe des SPSS-Unterprogramms CANCERR errechneten Koeffizienten waren nicht direkt verwendbar, sondern mußten weiterverarbeitet werden, indem jeder originäre Koeffizient für die Variablen des Strukturvariablensatzes (XCV) mit dem kanonischen Korrelationskoeffizienten des betreffenden Variats multipliziert wurde. Die resultierenden Koeffizienten entsprechen dann Pfadkoeffizienten. (Deshalb dürfen von den Strukturvariablen Pfeile zum "XCV" gezeichnet werden.)

Auf der Seite des abhängigen Variablensatzes (Stimmenanteile der Parteien als Verhaltensvariable) mußte wegen der Summie-

zung zu 100 % jeweils eine der drei Parteien von der Berechnungsprozedur ausgeschlossen werden. Anderenfalls wäre die Ermittlung der kanonischen Koeffizienten unmöglich. Die Koeffizienten des "YCV" aus zwei Parteien wurden sodann durch die entsprechenden Standardabweichungen der Eingangswerte (Stimmenanteile) dividiert und die jeweils ausgeschlossene dritte Partei mit dem Koeffizienten .000 ergänzt. Mit diesem Verfahren wird erreicht, daß in jedem Falle die endgültigen Koeffizienten für alle drei Variablen des YCV absolut dieselben sind, d.h. es spielt keine Rolle, welche der drei Parteien vor der Berechnung der kanonischen Variate eliminiert wurde. (Die Koeffizienten für die Variablen des XCV bleiben konstant, egal welche Partei ausgeschlossen wird. Sie brauchen deshalb nicht noch weiter transformiert zu werden.)

In einem weiteren Rechenschritt wurde zu den Koeffizienten der drei Parteien jeweils ein konstanter Wert addiert bzw. subtrahiert. Als Konstante wurde der jeweils kleinere Wert der errechneten Koeffizienten genommen. Ein Beispiel: CDU und SPD seien in den Variablensatz des YCV eingeschlossen und haben nach der Division durch die Standardabweichung die Werte -.185 (CDU) und -.277 (SPD). Die FDP wird mit .000 ergänzt. +.185 wird jeweils addiert und man erhält: .185 (FDP), .000 (CDU) und -.092 (SPD).

Die Vorzeichen haben hier keine inhaltliche Bedeutung mehr wie etwa bei Korrelations- oder Regressionskoeffizienten, denn es könnten durch Addition beliebiger Konstanten stets positive Koeffizienten erreicht werden, ohne daß das Ergebnis verfälscht würde, denn die Koeffizienten des YCV geben die Anordnung, m.a.W. die linearen Abstände der Parteien im politischen Raum an, der in einem - durch den kanonischen Korrelationskoeffizienten bestimmten - Grade mit einem gegebenen sozialstrukturellen Raum korreliert. (Die Konfiguration des sozialstrukturellen Raums ist natürlich von der im vorhinein getroffenen Auswahl der Variablen abhängig. Siehe dazu die methodischen Bemerkungen im Textteil, insbesondere zur Regressionsanalyse.) Aus praktischen Gründen ist es jedoch angezeigt, eine

der drei Parteien in die Mitte zu nehmen, d.h. deren Koeffizienten durch einen entsprechenden Rechenschritt auf .000 zu setzen. Die linearen Abstände der Parteien zueinander können so unmittelbar und intuitiv überblickt werden.

2. Individualdaten: Methoden der Stichprobenerhebung

Grundgesamtheit der Untersuchung waren Wahlberechtigte ab 18 Jahre im Raume Köln-Bonn.

Die Stichprobe wurde als mehrstufige geschichtete Zufallsstichprobe (Random-Route) angelegt.

Zunächst wurden die Gemeinden des Befragungsgebietes ihrer Größe nach geschichtet.

In der ersten Auswahlstufe wurden dann bevölkerungsproportional 600 Sample-Points systematisch mit Zufallsstart ausgewählt.

In der zweiten Stufe wurden zu jedem Sample-Point mit Hilfe der Stimmbezirksverzeichnisse zur Bundestagswahl 1969 durch Zufallsauswahl ein Startpunkt bestimmt, der aus einer Straße und einer Hausnummer bestand.

Die Interviewer ermittelten in der dritten Auswahlstufe nach einem fest vorgegebenen Random-Walk vom Startpunkt ausgehend zu jedem Sample-Point zehn Haushalte.

In der vierten Auswahlstufe wurden die Zielpersonen in den Haushalten mit Hilfe eines vorgegebenen systematischen Auswahlchlüssels bestimmt, der jeder zur Grundgesamtheit gehörenden Person im Haushalt die gleiche Chance gab, in die Auswahl zu kommen.

Die Feldarbeit (Erhebung der Interviews) lag in der Zeit vom 1. September bis 22. Oktober 1972. Bei einer Anzahl von 600 Random-Route-Klumpen zu je zehn Zielpersonen war die Stichprobe mit brutto 6 000 Interviews angesetzt, um nach Abzug sämtlicher Ausfälle die für notwendig erachtete Anzahl von netto 4 000 Interviews zu erreichen. Mit 3 987 Interviews, die nach Abschluß der Vercodungsarbeiten tatsächlich in die Analyse eingingen, konnte dieses Ziel fast vollständig verwirklicht werden.

INTERVIEWERANLEITUNG

Studie 8501

Schwerpunkt Köln-Bonn

München, 31.8.72
Mh/Gru

Liebe Mitarbeiterin,
lieber Mitarbeiter,

wir möchten uns zuerst bei Ihnen für die Bereitschaft zur Mitarbeit an diesem umfangreichen Projekt bedanken.

Das Ziel der Untersuchung ist es, spezielle Probleme des Köln-Bonner Großraumes aufzuhellen, um sich ein Bild von den Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung dieses Gebietes machen zu können. Es geht um die Beurteilung der wirtschaftlichen und politischen Situation in der Bundesrepublik mit einigen speziellen Fragen zu den Problemen am Wohnort der Befragten.

Der Fragebogen wurde in einem Pretest sorgfältig überprüft und dürfte Ihnen vom Ablauf der Fragen her keine Schwierigkeiten mehr machen. Auch mit der Dauer des Interviews haben wir gute Erfahrungen beim Pretest gemacht.

I. Allgemeines zum Fragebogen:

Sie werden feststellen, daß nur bei einigen Fragen die Antwortkategorien "weiß nicht" und "verweigert" vorgesehen sind. Sollten bei denjenigen Fragen, bei denen diese Antwortkategorien nicht vorgesehen sind, wider erwarten diese Kategorien als Antwort gegeben werden, so tragen Sie dies bitte wörtlich ein. Die Kategorie "verweigert" soll nur dann angekreuzt werden, wenn der Befragte eine Antwort ausdrücklich nicht geben will, während "weiß nicht" angekreuzt wird, wenn der Befragte eine Antwort - aus welchen Gründen auch immer - nicht geben kann. Daher konnten wir auf die Kategorie "keine Antwort" verzichten.

II. Zu den Fragen:

Fragen 5,6 und 8:

Bitte lassen Sie dem Befragten Zeit zum Nachdenken, denn nicht jeder verfolgt die politischen Ereignisse so aufmerksam, daß er spontan antworten kann. Helfen Sie mit, dem Befragten bei diesen ersten offenen Fragen, die Scheu vor der selbständigen Formulieren seiner Gedanken zu nehmen, ohne ihn allerdings zu beeinflussen.

Frage 6 greift das wichtigste Ereignis von Frage 5 heraus. Sie können sich das Schreiben ein wenig erleichtern, wenn Sie die wichtigste Nennung bei Frage 5 mit 1 kennzeichnen oder auch unterstreichen und bei Frage 6 nur noch ein Stichwort aus dieser Nennung notieren.

Bei Frage 8 ermutigen Sie bitte bei zögernden Antworten den Befragten, seine Meinung ausführlich zu sagen.

Fragen 10, 11:

Bitte für jeden lt. Frage 10 'in der Hand gehaltenen' Titel bei Frage 11 eine Angabe zur Häufigkeit notieren. Werden Titel genannt, die in der Liste nicht aufgeführt sind, tragen Sie diese bitte mit vollem Titel unter "Sonstige" ein.

Fragen 12, 12 A, B, 13:

Diese drei Fragen - auf die Bundesrepublik bezogen - hängen direkt voneinander ab. Versuchen Sie, durch übersichtliches Eintragen der Nennungen neben den vorgegebenen Nummern sich Schreibarbeit bei den Fragen 12 A und 13 zu sparen.

Frage 12 A greift die wichtigste Aufgabe aus Frage 12 heraus. Sie können sich das Schreiben erleichtern, wenn Sie sich die wichtigste Aufgabe von Frage 12 mit einer 1 kennzeichnen oder auch unterstreichen und bei Frage 12 A nur noch ein Stichwort aus dieser Nennung notieren.

Zu Frage 12 B: Die Frage erfordert wahrscheinlich Geduld, denn die Antwort fällt sicherlich in vielen Fällen nicht leicht.

In Frage 13 listen Sie bitte die Nennungen aus Frage 12 in derselben Reihenfolge mit Hilfe eines Stichwortes wieder auf und tragen daneben die genannte Partei ein.

Die Fragen 43 - 47 sind genauso zu handhaben wie die Fragen 12, 12 A - C, 13, nur beziehen diese sich auf den Wohnort des Befragten.

Zu Frage 15:

Diese Frage mit dem dazugehörigen Wahlzettel soll möglichst exakt die Situation bei einer öffentlichen Wahl widerspiegeln. Bitte sorgen Sie dafür, daß der Befragte bei seiner Stimmabgabe ein uneingeschränktes Gefühl der Anonymität hat und die Vertraulichkeit seiner Eintragungen auf dem Stimmzettel für ihn außer Zweifel steht.

Der Befragte sollte den Umschlag mit dem Stimmzettel möglichst eigenhändig verschließen und die Siegelmarke draufkleben.

Nach Beendigung des Interviews heften Sie bitte den vorge-
lochten Umschlag mit einer Klammer an den ebenfalls gelochten
Fragebogen. Dieses Anheften soll der Befragte jedoch auf
keinen Fall sehen.

Bitte notieren Sie bei dieser besonders wichtigen Frage alle
Kommentare - auch die nicht sehr schmeichelhaften.

Fragen 19 - 22:

Bitte beachten Sie, diese Fragen behandeln

zuerst: Familienangehörige
dann: Freunde und Bekannte
dann: Kollegen
und: Nachbarn

Frage 24 - 27:

Bitte notieren Sie hier jeden Gedankensplitter!

Frage 33:

Falls der Befragte nicht den Namen des Wohnortes, sondern
einen Orts- oder Stadtteil dieser Gemeinde nennt, notieren
Sie dies bitte gesondert.

Fragen 48 - 56:

Diese Fragen zur Gebietsreform betreffen jeweils nur einen
Teil der Befragten. Beachten Sie bitte bei diesen Fragen die
Filterführung besonders sorgfältig. Lassen Sie dem Befragten
genügend Zeit zur Beantwortung der offenen Fragen und notieren
Sie ausführlich die Antworten.

Frage 65 - 67:

Diese Fragen sind eine Wiederholung der Fragen 24 - 27, nur
beziehen sie sich auf den Wohnort, die unmittelbare Umgebung,
so daß hier sehr viel konkrete, detailliertere Beispiele genannt
werden könnten, die die Gemeinde betreffen.

Fragen 71 - 73:

Hier haben wir bis zu 5 Vereinszugehörigkeiten vorgesehen. Falls
ein Befragter mehr als 5 nennt, bitten Sie ihn, die 5 wichtigsten
für ihn zu nennen. Bei Frage 73, bei der Sie ein Amt, bzw. eine
andere Funktion eintragen, notieren Sie bitte die jeweilige
Organisations-Nummer der genannten Vereinszugehörigkeiten (z.B.
Nr. 9 für Turn- und Sportverein).

Die Statistik ist ohne Schwierigkeiten. Wir benötigen das Alter aller Personen im Haushalt, einschließlich der Kinder. Falls Sie nicht genügend Platz haben, ergänzen Sie die Eintragungen auf dem leeren Raum bei der Frage.

Die Angaben zum Ort oder der Stadt sollen immer, wenn zutreffend, durch die Angaben zum Ortsteil, bzw. Stadtteil ergänzt werden! Wir benötigen diese Information unbedingt.

ANLAGE DER STUDIE:

Die Studie wird nach dem Random-Route-Verfahren durchgeführt, d. h. es sind Ihnen Straßen und Startpunkte vorgegeben. Bitte studieren Sie, bevor Sie mit Ihrer Arbeit beginnen, noch einmal gründlich das Schulungsreferat II (Auswahlverfahren RR)

HONORAR:

Für jedes termingerecht und korrekt durchgeführte Interview erhalten Sie ein Honorar

von DM 9.-- (Typ A)

Die Aufwandsentschädigung beträgt:

bis 19 km einfache Entfernung Wohn-/Einsatzort	DM 6.--
20 - 39 km dto.	DM 9.--
über 40 km dto.	DM 12.--

Das km-Geld beträgt 0,20 DM.

Nur für Interviewer, die über 60 km entfernt wohnen:

Der Einsatz bei dieser Studie rentiert sich ab 60 km-Entfernung nur wenn mindestens halbtags interviewt werden kann.

Zusätzlich erhalten Sie dann für die An- und Rückfahrt eine Aufwandsentschädigung von DM 5.-- pro angefangene 100 km. Die Fahrten am Einsatzort dürfen nicht dazugerechnet werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich wieder einmal darauf hinweisen, daß sämtliche Auslagen belegt werden müssen und die Fahrten auf der Rückseite des Abrechnungsformulars exakt aufgeführt werden müssen.

TERMIN:

Bitte beginnen Sie umgehend mit dem interviewen, da für eine derart große Untersuchung relativ wenig Zeit zur Verfügung steht und außerdem weitere Studien folgen werden.

Letzter Rücksendetermin ist der

23. September 1972 (Poststempel)

Bitte versuchen Sie aber, unbedingt vor diesem Termin fertig bearbeitete Klumpen an uns zu schicken.

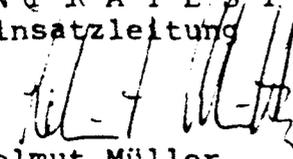
Sollten Sie irgendwelche Schwierigkeiten haben, stehen unter der Tel.-Nr. 0811/56 oo 265 meine Kollegen und ich immer gerne zur Verfügung.

Kenntnis genommen:
Interviewführung


Uwe Bliesch

Mit freundlichen Grüßen
I N F R A T E S T
Einsatzleitung

i.A.


Helmut Müller

Anlagen:

Listenheft
Studienbewertungsskala
Kartensatz weiß, blau
Stimmzettel und Umschlag
Rückkuvert